

1. Änderungsanträge der Fraktionen zum Verwaltungshaushalt 2017

Einzelplan/ Seite	Unterabschnitt	Gruppierung	Bezeichnung der Haushaltsstelle	It. Entwurf + Änd. d. Vw. in EUR	AL/Grüne	CDU	SPD	Tübinger Liste	Linke	FDP	Stadtrat Steinhilber	Stadtrat Vogt	Bemerkungen
					12	8	7	5	4	2	1	1	
Auswirkung auf alle Unterabschnitte													
		4000	Personalausgaben	70.092.050					Übernahme der Azubis für 1 Jahr + 200.000 €				Linke: Übernahme aller Auszubildenden mindestens 1 Jahr mit Vollbeschäftigung. (Tarifvertrag) Begründung: Übernahme nach der Ausbildung ist wichtig um Zukunft gestalten zu können ohne Abhängigkeit vom Elternhaus.
		5460	Reinigungsvergabe, Aushilfsreinigung	2.049.030					-110.100				Linke: 3 Vollkräfte im Reinigungsbereich in städtische Eigenreinigung, die 50 %-Quote Fremdreinigung schrittweise in Eigenreinigung zurückführen. Begründung: Derzeit ist die 50% Quote in der Fremdreinigung überschritten. Hinweis der Verwaltung: Damit ist eine Erhöhung bei 1.0900.4000.000 um 110.100 € verbunden. Stellen-Soll entspricht der 50 %-Quote.
		7+++	Zuweisungen und Zuschüsse	27.336.800									Linke: Vorbemerkung zu den Zuschussanträgen zum Haushalt 2017 (Vorlage 804/2016) Anlage 1: Sämtliche Zuschussanträge in Anlage 1 sind von der „Kostendämpfungsmaßnahme“ 1 % 2017-2021 zu verschonen. Begründung: Gerade die Vielfalt der Vereine und Initiativen macht Tübingen besonders lebenswert. Viele Menschen arbeiten teilweise im Ehrenamt für die Stadt und es wird jeder Cent zur Realisierung und Aufrechterhaltung dieser Aufgaben gebraucht. In den Zielvereinbarungsgesprächen (z.B. beim Sozialforum e.V.) wurden diese „Einsparungen“ besprochen. Dagegen wenden wir uns entschieden! Hinweis der Verwaltung: Die Zuschüsse wurden nicht gekürzt.
Epl. 0													
129	0000	4000	Personalausgaben	1.039.800								+80.000	Vogt: Leider ist unser jetziger Finanzbürgermeister nicht so richtig kompetent. Sein finanzieller Zick-Zack-Kurs ist nicht gut für die Stadt. Auch für die Wirtschaft wird zu wenig getan, wie man ja an der Parkgaststätte sieht.
129	0000	6302	Bürger- und Informationsversammlung	26.000		-20.000		-20.000					CDU: Broschüre zur Bürgerbefragung "Kostenfrei nutzbarer Nahverkehr" nicht erforderlich. Tübinger Liste: Broschüre zur Bürgerbefragung „Kostenfrei nutzbarer Nahverkehr“ nicht erforderlich (s. auch VA am 20.7.15 zu Vorlage 234/2015). Sobald Vorschläge zur plausiblen Refinanzierung bzw. gerechte Umlagegestaltung vorliegen, kann das ins Auge gefasst werden. Vorher nicht. Hinweis der Verwaltung: Die Verwaltung erarbeitet derzeit eine Vorlage für den VA am 27.03.17, die u. a. auch unterschiedliche Finanzierungsmodelle aufzeigt. Eine Bürgerbefragung ist aus Sicht der Verwaltung nur sinnvoll, wenn im Vorfeld ausreichend informiert wurde, daher ist eine Broschüre, die an alle Haushalte verteilt wird, Voraussetzung für den Erfolg der Bürgerbefragung.

1. Änderungsanträge der Fraktionen zum Verwaltungshaushalt 2017

Einzelplan/ Seite	Unterabschnitt	Gruppierung	Bezeichnung der Haushaltsstelle	It. Entwurf + Änd. d. Vw. in EUR	AL/Grüne	CDU	SPD	Tübinger Liste	Linke	FDP	Stadtrat Steinhilber	Stadtrat Vogt	Bemerkungen
					12	8	7	5	4	2	1	1	
129	0000	6581	Geschäfts-/Projektausg. Jugendgemeinderat	9.000	+1.960 +1.000								AL/Grüne: - +1.960 €: Wieder gleicher Zuschuss wie 2015/RE 1.960 € für Büromiete. - +1.000 € mehr für Projekte (z.B. Flüchtlinge, Partnerstadt Moshi - siehe Vorlage 516/2016).
131	0015	7181	Projekt Tübinger Ansprechpartner (TAPs)	35.000		-20.000							CDU: Finanzierungsplan TAPs "Tübinger Ansprechpartner für Kinderarmut/Kinderchancen" nicht erforderlich. Hinweis der Verwaltung: Vertragliche Verpflichtung der Stadt gegenüber Land und Diakonischem Werk zur Projektfinanzierung in Höhe der im HH angesetzten Summe, siehe Vorlage 244/2015, Anlage 1. Projektbericht erfolgt im KuBis im 1. Quartal 2017.
135	0200	6610	Mitgliedsbeiträge an Verbände und Vereine	145.930									Vogt: - +20 € Mitgliedschaft in dem ZENTRAL-DOMBAU- VEREIN ZU KÖLN VON 1842: Wenn Tübingen Mitglied im "Güteschutz Kanalbau Bad Honnef" ist, dann kann Tübingen auch Mitglied eines Kölner Vereins werden. +20 - +111 € Mitgliedschaft der EhrenGarde der +111 Stadt Köln 1902 e.V.: Wenn Tübingen Mitglied im "Güteschutz +180 Kanalbau Bad Honnef" ist, dann kann Tübingen auch Mitglied eines Kölner Vereins werden. - +180 € Mitgliedschaft im Marineclub e.V. Gotha: Wenn Tübingen Mitglied im "Güteschutz Kanalbau Bad Honnef" ist, dann kann Tübingen auch Mitglied eines Gothaer Vereins werden.
159	0550	7000	Zuschüsse an Vereine	386.920	+30.000 Sperrvermerk +12.500		+12.500		+15.000				AL/Grüne: - +30.000 € Zuschuss Asylzentrum: Personalstelle 50 % Asylrechtliche und aufenthaltsrechtliche, sozialrechtliche, psychosoziale Beratung sowie Unterstützung bei der Integration in den Arbeits-/Ausbildungsmarkt wegen großem Bedarf. - +12.500 € Zuschuss Bildungszentrum Archiv zur Frauengeschichte BaWü (BAF) mit Sperrvermerk: Komplementärfinanzierung (wir geben dann 12.500€, wenn zusätzlich 12.500 € von einem anderen Zuschussgeber eingeworben werden). SPD: Bildungszentrum und Archiv zur Frauengeschichte Ba- Wü (BAF) e.V.: Ermöglichung einer Aufstockung der Stelle der Geschäftsführung auf 75 %. Linke: - +15 000 € für die Beratungsstelle für Opfer sexualisierter Gewalt für einmalige Hilfen bzw. notwendige psychosoziale Interventionen, die nicht über die Regelförderung abgedeckt sind. Träger ist Frauen helfen Frauen e.V. Begründung: Gefahr für Gesundheit und Leben von der Frau abzuwenden und Zeit zu geben um geeignete Lösung zu finden, welche regelfinanziert ist. Hinweis der Verwaltung: Regelförderung Beratungsstelle Opfer sexualisierter Gewalt: 60.000 €.

1. Änderungsanträge der Fraktionen zum Verwaltungshaushalt 2017

Einzelplan/ Seite	Unterabschnitt	Gruppierung	Bezeichnung der Haushaltsstelle	It. Entwurf + Änd. d. Vw. in EUR	AL/Grüne	CDU	SPD	Tübinger Liste	Linke	FDP	Stadtrat Steinhilber	Stadtrat Vogt	Bemerkungen
					12	8	7	5	4	2	1	1	
168	0810	6012	Kostendämpfungsprogramm; Prozessbegleitung	50.000					-50.000				Die Linke: Einsparung 50 000 €: Streichen der Prozessbegleitung des Kostendämpfungsprogramm im Jahr 2017 bis 2021. Hinweis der Verwaltung: In der Verwaltung gibt es derzeit keine Kompetenz/Kapazität für die methodische Unterstützung für die Prozessoptimierung. Darum sind externe Prozessbegleitungen notwendig.
Epl. 1													
176	1100	2600	Geldbußen und Verwarnungsgelder	3.375.000		+125.000							CDU: Es wurden bereits zwei neue Blitzer installiert. Dadurch müssen sich die Einnahmen erhöhen. Hinweis der Verwaltung: RE 2014: 2.827.578 € RE 2015: 3.274.150 € Ansatz 2016: 3.375.000 € Stand 05.12.2016: 2.846.134 €
176	1100	6203	Lärmprävention Altstadt	12.000			-12.000						SPD: Werbeaktion wenig zielführend.
178	1200	7000	Zuschüsse für Umwelt- und Naturschutz	30.000	Sperrvermerk +4.000								AL/Grüne: - +4.000 € VebTil mit Sperrvermerk, Überarbeitung der Projektkriterien. 4.000 € für Projekte von VebTil. Hinweis der Verwaltung: - es liegen von VebTil keine Anträge vor.
Epl. 2													
218	2900	6390	Schülerbeförderungskosten	270.000					Betrag nicht beifferbar				Linke: Absenkung der Schülertickets bei den städtischen Verkehrsbetrieben mindestens auf die Höhe des Semestertickets der Studierenden. Begründung: Ticketfreier Nahverkehr fördern und gleichzeitig zum 1.1. die Schülertickets erhöhen passt nicht zusammen. Hinweis der Verwaltung: *siehe Anmerkung letzte Seite.
219	2910	4000	Personalausgaben	611.470					+106.600 +106.600				Linke: - +106.600 €: 2 Vollkräfte für Schulsozialarbeit an den Gymnasien, Begründung: derzeit ist 1 VK auf 1.400, deshalb absenken auf 700 Schüler*innen. Soll präventive und aufsuchende Arbeit ermöglichen. - +106.600 €: 2 Vollkräfte für Schulsozialarbeit an den 7 kleinen Grundschulen Pfrondorf, Kilchberg, Weilheim, Bühl, Unterjesingen, Hagelloch und an der Uhlandschule in Hirschau.
	2+++	5220 5920 6580	Schulbudgets	1.155.560					+115.560				Linke: Erhöhung der Schulbudgets um 10%. Begründung: seit 4 Jahren tragen die Schulen mit 5% zur Haushaltskonsolidierung bei. Die Sachkostenbeiträge des Landes haben sich 2016 deutlich erhöht auf 680 € pro Schüler auf den Gymnasien. Die Schule bekommt z.B. unverändert 140 €. Dies gilt auch für die Grundschulen. Der Brief der geschäftsführenden Schulleiter wurde an die Fraktionen am 17. Juli 2016 weitergegeben.

1. Änderungsanträge der Fraktionen zum Verwaltungshaushalt 2017

Einzelplan/ Seite	Unterabschnitt	Gruppierung	Bezeichnung der Haushaltsstelle	It. Entwurf + Änd. d. Vw. in EUR	AL/Grüne	CDU	SPD	Tübinger Liste	Linke	FDP	Stadtrat Steinhilber	Stadtrat Vogt	Bemerkungen
					12	8	7	5	4	2	1	1	
Epl. 3													
230	3000	4000	Personalausgaben	440.630									Vogt: - +30.000 € Rock'n'Roll-Beauftragter (50%) - Eine halbe Stelle für die Rock'n'Roll-Kultur in Tübingen (im Fachbereich Kultur angesiedelt). - +30.000 € Hip-Hop-Beauftragter (50%) - Eine halbe Stelle für die HipHop-Kultur in Tübingen (im Fachbereich Kultur angesiedelt).
238	3400	7000	Zuschüsse an Kulturvereinigungen	665.430	+2.500		+2.000 +2.500		+3.000 +7.500			+7.500	AL/Grüne: Verein Arabischer Studenten und Akademiker: Gleichstellung zu anderen Filmfestivals. SPD: - +2.000 €: Zuschussbewilligung Rosecker Fasnetsclub (Gleichbehandlung in den Jahren der Organisation des Tübinger Umzugs) und - +2.500 €: Anhebung Zuschuss Arabisches Filmfestival auf 10.000 €. Linke: +3.000 € Regelzuschuss FabLab Neckar-Alb e.V. Das FabLab Neckar-Alb leistet wichtige, zuverlässige und für alle zugängliche Arbeit im Bereich technische und künstlerische Bildung - besonders von Kindern, mit einem besonderen Schwerpunkt auf der Heranführung von Mädchen an die Elektrotechnik. Darüber hinaus arbeitet das FabLab mit anderen Vereinigungen zusammen, so zum Beispiel dem Generate Festival, Reparaturcafé/Werkstatthaus, ist demnach vernetzt und eine bekannte Anlaufstelle für technische und künstlerische Fragen. Regelförderung kann hier ehrenamtliche Arbeit koordinieren und qualitativ sichern. +7.500 € Regelzuschuss Verein Arabischer Studenten und Akademiker Tübingen/Arabisches Filmfestival. Gerade jetzt ist die Verständigung zwischen den Kulturen und Religionen wichtig, besonders in Form eines interkulturellen Dialogs. Das Arabische Filmfest leistet inzwischen eine so umfangreiche Arbeit, dass sie sich kaum auf den Schultern des Ehrenamts ausführen lässt; dringend ist eine Professionalisierung nötig um den umfangreichen politischen und gesellschaftlichen Zielen gerecht zu werden. Diese Arbeit ist von solcher Relevanz, dass keine Evaluation – von Seiten der Verwaltung (!) - abgewartet werden kann. Vogt: Wegen der Tübinger Neubürger wird die arabische Integration wichtiger.

1. Änderungsanträge der Fraktionen zum Verwaltungshaushalt 2017

Einzelplan/ Seite	Unterabschnitt	Gruppierung	Bezeichnung der Haushaltsstelle	It. Entwurf + Änd. d. Vw. in EUR	AL/Grüne	CDU	SPD	Tübinger Liste	Linke	FDP	Stadtrat Steinhilber	Stadtrat Vogt	Bemerkungen
					12	8	7	5	4	2	1	1	
238	3400	7001	Förderung von Kulturprojekten	228.060				-50.000					Tübinger Liste: Zuschuss zur Jommelli Oper im Vergleich zu vielen anderen sozialen und kulturellen Zwecken und Förderungen deutlich zu hoch. Der Gewinn für Tübingen in der Form einiger weniger Aufführungen hat neben der historischen Schrulligkeit wenig bleibenden Wert. Jedes Ticket würde allein vor der Stadt mit dem etwa 1,5-fachen des Eintrittspreises bezuschusst.
238	3400	7020	Kunst und Gedenken im öffentlichen Raum	23.030			-10.000						SPD: Sanierung von Denkmälern auf Friedhöfen auch über mehrere Jahre gestreckt möglich. Hinweis der Verwaltung: Der Sanierungsrückstand ist deutlich höher, als der eingestellte Betrag.
Epl. 4													
249	4000	6010	Organisationsuntersuchung - Aufträge und Vergütung an Dritte	9.000		-9.000							CDU: Dies sollte verwaltungsintern gelöst werden. Hinweis der Verwaltung: Die Begleitung des OE-Prozesses ist notwendig und muss aus Gründen der Fachlichkeit und der Kapazitäten extern erfolgen.
250	4001	7030	Beratungsstelle für ältere Menschen	108.740		+11.000	+29.825	+11.100 +18.725	+11.000				CDU: Umzugskosten (Nonnenmacher-Haus) und Anschubfinanzierung SPD: einmalige Erhöhung wegen der Umzugskosten (siehe Antrag) Tübinger Liste: - +11.100 €: Umzugskosten, einmaliger Personalkostenzuschuss (20 % Fachkraft, Anschubfinanzierung 6 Mon. vor Bezug d. Hauses). - +18.725 €: Investive Ausstattung des Nonnenmacher-Hauses (geht ins Eigentum der Stadt über). Linke: 11.000 € Anschubfinanzierung für die Beratungsstelle älterer Menschen und ihrer Angehörigen e.V. für das Projekt „Nonnenmacher-Haus“.

1. Änderungsanträge der Fraktionen zum Verwaltungshaushalt 2017

Einzelplan/ Seite	Unterabschnitt	Gruppierung	Bezeichnung der Haushaltsstelle	It. Entwurf + Änd. d. Vw. in EUR	AL/Grüne	CDU	SPD	Tübinger Liste	Linke	FDP	Stadtrat Steinhilber	Stadtrat Vogt	Bemerkungen
					12	8	7	5	4	2	1	1	
251	4002	7180	Zuschüsse zur Teilnahme an Bildungsangeboten	10.110		+5.000			+5.000				CDU: Zuschuss Netzwerkkonferenz. Linke: Einmaliger Zuschuss 5.000 € - Fachstelle und Forum Inklusion im Tü Sozialforum e.V. zur Durchführung einer landesweiten Netzwerk-Konferenz Inklusion Ba-Wü am 12.10.2017. Begründung: Das Forum Inklusion feiert 2017 sein 30-jähriges Bestehen u. hat dafür 18.000 € beim Landesprogramm „Impulse Inklusion“ bewilligt bekommen. Bei der Durchführung einer barrierefreien Veranstaltung fallen immer hohe Kosten an.
258	4360	5751	Projektmittel, Integration Flüchtlinge	100.000	+0		+50.000						AL/Grüne: Öffnung des Topfes in geringem Umfang für Personalkosten (oder so ähnlich) daraus Entnahme von 7.000 € für Stelle AK Asyl Süd. SPD: Hieraus u. a. Finanzierung Antrag Asylkreis Südstadt (7.200 €) und Asylzentrum Personalkosten-Zuschuss (29.000 €) für (Rechts-) Beratung.
259	4600	5750	Projektmittel	15.000	+2.000 +10.000								AL/Grüne: - +2.000 € teilweise Rücknahme der Reduzierung von 20.000 € in 2015 auf 15.000 € in 2016 und 2017. Erhöhung um 2.000 € für 2017. - +10.000 € Voruntersuchung der Brennpunkte im öffentlichen Raum, um daraus Bedarfe und Maßnahmen zur Prävention des Alkoholkonsums und störendes Verhalten im öffentlichen Raum ableiten zu können, die über Förderprogramme des Sozialministeriums des Landes Ba-Wü finanziert werden.
261	4601	7050	Zuschüsse an Einrichtungen der Jugendhilfe	151.160	+1.500		+1.500	+1.500	+1.500				AL/Grüne: Erhöhung Zuschuss Zirkus Zambaioni, als Komplementärfinanzierung für Zuschüsse der Pflegekasse und des Landkreises zur Umsetzung des Inklusionskonzeptes usw. SPD: Bewilligung Antrag Inklusives Konzept Zambaioni Tübinger Kinder- und Jugendzirkus e. V.. Tübinger Liste: 1.500 € waren jahrelang Projektförderung, nun Umwandlung in Regelzuschuss. Linke: Zirkus Zambaioni soll zu seiner Regelförderung zusätzlich 1.500 € bzw. 3.000 € erhalten. Begründung: Es wurde zu spät kommuniziert, dass es 2017 aus dem Inklusionstopf kein Geld gibt. Der Zuschuss ist gekoppelt an die Pflegekasse über § 45c SGB XI. Wenn das nicht klappt werden 3.000 € notwendig. Sollte die Pflegekasse den Zuschuss gewähren, stünden nur 1.500 € an. Einfacher wäre, diesen Betrag über den Inklusionstopf weiter zu finanzieren.

1. Änderungsanträge der Fraktionen zum Verwaltungshaushalt 2017

Einzelplan/ Seite	Unterabschnitt	Gruppierung	Bezeichnung der Haushaltsstelle	It. Entwurf + Änd. d. Vw. in EUR	AL/Grüne	CDU	SPD	Tübinger Liste	Linke	FDP	Stadtrat Steinhilber	Stadtrat Vogt	Bemerkungen
					12	8	7	5	4	2	1	1	
263	4642	1110	Betreuungsgebühren Ü3	2.620.000					-650.000 -21.500				<p>Linke:</p> <p>- Ein gebührenfreies Kitajahr vor der Einschulung. Begründung: Bildung von der Kita über Ausbildung bis zur Hochschule muss kostenfrei sein - +21.500 €: keine Erhöhung der Kitagebühren um 2%</p> <p>Hinweis der Verwaltung:</p> <p>Das kostenfreie Kindergartenjahr kostet bei: UA 4642 Wenigereinnahmen 650.000€/Jahr und UA 4644 - höherer Zuschuss 320.000€/Jahr</p>
263	4642	1120	Einnahmen Betreuungsgebühren U3	934.900			-50.000						<p>SPD: Angleichung Gebühren U3 an Ü3 (Jahreskosten geschätzt 80.000 €) und Geschwisterermäßigung nach Landesrichtsatz bei gleichzeitiger Betreuung in Einrichtungen (Jahreskosten geschätzt 70.000 €) jeweils ab 9/2016.</p>
263	4642	4000	Personalausgaben	22.139.170	+75.000				+ 150.000 +75.000 +1.027.000				<p>AL/Grüne:</p> <p>5 PIA-Stellen Siehe Änderung o) Nr. 53 im Stellenplan</p> <p>Linke:</p> <p>- +150.000 €: 3 Vollkräfte Springerinnen - +75.000 €: 5 PIA-Stellen</p> <p>Ziel ist eine realistische Ausfallquote von 8 % auf 15 % anzuheben. Begründung: Die Ausfallzeiten der Leitungen, der Vertretungskräfte, Sprachförder- und Integrationskräfte u. FSJ wurden nicht erhoben (Vorlage 209/2016). Vorschlag: In die Stellenausschreibungen mit aufnehmen, dass die Wohnungssuche unterstützt wird, Ideen für Personalbindung und Personalgewinnung werden intensiviert.</p> <p>Hinweis der Verwaltung:</p> <p>Die Erhöhung der Vertretungsquote auf 8% auf 15% verursacht einen Mehraufwand von 21 Stellen, das entspricht jährlich 1.027.000 €.</p>
264	4642	5710	Weitere Sach- und Verwaltungskosten	503.750		-250.000							<p>CDU: Es ist nicht ersichtlich, weshalb die Kosten auf über das Doppelte zum Vorjahr ansteigen.</p> <p>Hinweis der Verwaltung:</p> <p>Es handelt sich um die notwendigen Sachkosten für die neuen Gruppen entsprechend der Bedarfsplanung (Vorlage 1c/2016). Insbesondere handelt es sich um Kosten für Essen, Spielmaterial, Fortbildungen usw. Veranschlagung erfolgte pauschal an dieser Haushaltsstelle weil eine Ausdifferenzierung in der Kürze der Zeit nach Beschlussfassung nicht mehr möglich war. Die korrespondierenden Personalkosten für die neuen Gruppen sind ebenfalls etatisiert. Mit der Änderungsliste wurden weitere Ausgaben für eine zusätzl. Gruppe "Le Quartier" ab 9/2017 und 3 Waldgruppen aufgenommen.</p>

1. Änderungsanträge der Fraktionen zum Verwaltungshaushalt 2017

Einzelplan/ Seite	Unterabschnitt	Gruppierung	Bezeichnung der Haushaltsstelle	It. Entwurf + Änd. d. Vw. in EUR	AL/Grüne	CDU	SPD	Tübinger Liste	Linke	FDP	Stadtrat Steinhilber	Stadtrat Vogt	Bemerkungen
					12	8	7	5	4	2	1	1	
267	4644	7000	Zuschüsse an freie Träger von Kindertageseinrichtungen	15.971.200			+50.000		+320.000 +75.000 +11.500				<p>SPD: Analoge Angleichung Gebühren U3 an Ü3 und Geschwisterermäßigung freie Träger ab 9/2016.</p> <p>Linke: - +75.000 €: 5 PIA Azubis freie Träger. - +11.500 €: Keine Erhöhung der Kitagebühren um 2%</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Das kostenfreie Kindergartenjahr kostet bei: UA 4642 Wenigereinnahmen 650.000€/Jahr und UA 4644 - höherer Zuschuss 320.000€/Jahr</p>
269	4700	7000	Zuschüsse an soziale Einrichtungen	260.900			+45.340	+3.600	+26.700 +3.600				<p>SPD: Tübinger Arbeitslosen Treff e.V. (TAT): Ggf. Nachfinanzierung von 45.340 € falls Landesmittel wegfallen.</p> <p>Tübinger Liste: +3.600 € LeiTa: Minijob (Verwaltung) ab Mitte 2017, auch viele Einsätze mit Kindern aus Flüchtlingsfamilien.</p> <p>Linke: TAT zusätzlich 26.700 € mit Sperrvermerk, da Gelder vom Land für 2017 noch nicht sicher sind. +3.600 € LeiTa/Lernen im Tandem. Begründung: ab Mitte d. Jahres wird eine Verwaltungsstelle als Minijob benötigt, das sind ca. 7.200 € im Jahr. Sonst ist die Koordination des Projektes nicht mehr zu stemmen.</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Die Verwaltung wird bei Wegfall der Landesmittel einen Beschlussantrag für den Ausschuss vorbereiten.</p>
269	4700	7182	Zuschüsse an Stadtteiltreffs	29.520 davon: 14.500	+2.500	+5.000	+40.000 +30.480	+5.500	+5.500				<p>AL/Grüne: Werkstatt für Eigenarbeit: Förderung der zunehmenden Funktion als Stadtteiltreff, Förderung Büromitarbeiter durch Jobcenter endete 01.09.2016.</p> <p>CDU: Zuschuss Werkstattthaus.</p> <p>SPD: Hieraus Finanzierung Mietzuschuss für Stadtteiltreff Wanne 40.000 € und Aufstockung Werkstattthaus und Mittel für Stadtteiltreff Weststadt.</p> <p>Tübinger Liste: +5.500 €: 2017 könnte auch ein anteiliger Betrag ausreichend sein, da die Förderung erst über das Jahr ausläuft.</p> <p>Linke: +5.500 € Werkstatt für Eigenarbeit e.V. Das Werkstattthaus bietet einen öffentlichen Raum für kulturellen und technischen Austausch – auch über das französische Viertel hinaus. Diese (meist ehrenamtliche) Arbeit muss auf die Beine eines erhöhten Stellenumfangs gestellt werden.</p>
Epl. 5													
271	5500	7000	Zuschüsse zur Förderung von Vereinen und Organisationen	211.000	+11.000		+11.000						<p>AL/Grüne: Erhöhung der kommunalen Jugendförderung der Sportvereine von bisher 16,60 Euro auf 18 Euro je Kind oder Jugendlichen.</p> <p>SPD: nach 10 Jahren ohne Erhöhung Steigerung der Jugendförderung von 16,60 € auf 18,00 € pro Kind/Jugendlichen.</p>

1. Änderungsanträge der Fraktionen zum Verwaltungshaushalt 2017

Einzelplan/ Seite	Unterabschnitt	Gruppierung	Bezeichnung der Haushaltsstelle	It. Entwurf + Änd. d. Vw. in EUR	AL/Grüne	CDU	SPD	Tübinger Liste	Linke	FDP	Stadtrat Steinhilber	Stadtrat Vogt	Bemerkungen
					12	8	7	5	4	2	1	1	
Epl. 6													
281	6100	4000	Personalausgaben	1.874.680	+35.000					+60.000		+70.000	<p>AL/Grüne: Projektstelle im Baudezernat für Soziale Stadt, 50% Stelle. Siehe Änderung n) Nr. 8 im Stellenplan.</p> <p>FDP: Neue Stelle E11 soziale Stadt, Antragstellung und Umsetzung für die Nordstadt. 2018ff.: +60.000€</p> <p>Vogt: Beauftragter für Radverkehr, wie vom ADFC gefordert.</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Für die Aufgaben der sozialen Stadt reicht eine 50% Stelle aus. Die Verwaltung hat in der Änderungsliste zusätzlich eine 100%-Stelle für die Planung Universitätsgelände und Universitätsklinikum beantragt.</p>
281	6100	6620	Fahrradprojekte/ Werbung	15.160	+20.000		-15.160						<p>CDU: Ladestation für E-Bikes am BVV. Gerade für eine Stadt, die so viel Wert auf Klimaneutralität legt, ist dies ein Aushängeschild. Weiterhin ist dies auch für den Tourismus sinnvoll.</p> <p>SPD: Besseres Marketing durch konkrete Maßnahmen als durch reine Werbung.</p> <p>Hinweis der Verwaltung: - E-Ladestation für Standort BVV bereits beschafft (aus Klimaschutzmitteln); Installation in 01/2017.</p>
284	6130	4000	Personalausgaben	1.277.180					+207.000				<p>Linke: zusätzliche 3 Vollkräfte mit Planungs- und Baurechtserfahrung on top auf die inzwischen durch Weggang und Rente unbesetzten Stellen. Gute Leute springen ab, da dauerhaft zu hoch belastet.</p>
285	6150	7000	Zuschüsse für Graffiti-Beseitigung	30.000			-10.000						<p>SPD: Nur einmalige Aktion, keine Dauerbezuschussung.</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Graffitibeseitigung ist dauerhaft einzuplanen, da sie ansonsten wirkungslos ist.</p>
287	6300	5106	Unterhaltung der Radwege	106.160	+50.000								<p>AL/Grüne: Höherer Ansatz nötig, da wesentlich größere Wegstrecke der Radwege.</p>
291	6700	5100	Unterhaltung des Leitungsnetzes	485.320		+50.000			+50.000				<p>CDU: Beleuchtung des Weges vom Parkhaus Rosenau/ Ebenhalde zur Klinik. Der Weg ist extrem wichtig für das Personal der Klinik.</p> <p>Linke: Unser Antrag (von 2013) Beleuchtung Fußweg Otto-Erbe-Weg /Zwehrenbühlstrasse, sollte je nach Haushaltslage umgesetzt werden. Das ist bisher nicht geschehen. Der Fußweg hoch zur Uniklinik sollte endlich beleuchtet werden, damit er gefahrenfrei benutzt werden kann.</p> <p>Hinweis der Verwaltung zum CDU-Antrag: Die Notwendigkeit zur Nutzung des Weges ist mit dem Bau des Parkhauses der Augenklinik entfallen. Außerdem hat die Universität wegen der Entwicklung des Campus "Morgenstelle" Eigenbedarf zur Nutzung des Parkhauses Ebenhalde angemeldet.</p>

1. Änderungsanträge der Fraktionen zum Verwaltungshaushalt 2017

Einzelplan/ Seite	Unterabschnitt	Gruppierung	Bezeichnung der Haushaltsstelle	It. Entwurf + Änd. d. Vw. in EUR	AL/Grüne	CDU	SPD	Tübinger Liste	Linke	FDP	Stadtrat Steinhilber	Stadtrat Vogt	Bemerkungen
					12	8	7	5	4	2	1	1	
292	6750	5720	Streumaterial	90.990	-30.990		-30.000						AL/Grüne: Rechnungsergebnis 15.11.2016: erst 28.000€, daher Streichung von 30.000 €. SPD: Bisher nur 28.000 € in diesem Jahr verbraucht. Hinweis der Verwaltung: RE 2014: 44.026 € RE 2015: 80.128 € Stand 05.12.16 29.313 € (+Ausstehende Rechnungen über 30.687 €)
293	6800	1100	Parkgebühren	2.330.000		+170.000	+50.000						CDU: Der Betrag ist wesentlich zu niedrig angesetzt. SPD: Kein schlechteres Ergebnis als 2015 zu erwarten. Hinweis der Verwaltung: RE 2014: 2.325.190 € RE 2015: 2.386.686 € Ansatz 2016: 2.310.000 € Stand 05.12.16: 2.401.439 €
Epl. 7													
300	7500	7152	Zuschuss an Eigenbetrieb	0			+30.000						SPD: Kapelle und Eingang. Hinweis der Verwaltung: Um den Wirtschaftsplan der KST nicht zu verändern, wird die Maßnahme als Zuschuss an den Eigenbetrieb etatisiert.
305	7650	5009	Bedürfnisanstalten, Gebäudeunterhaltung	2.520		+20.000							CDU: Die öffentliche Toilette in der Clinicumsgasse befindet sich in einem desaströsen Zustand und muss dringend saniert werden. Hinweis der Verwaltung: Die Toilette in der Clinicumsgasse müsste für eine Wiederinbetriebnahme grundhaft mit einem Kostenaufwand von deutlich über 100.000 € saniert werden. (Veranschlagung im Vermögenshaushalt) Jährlich würde der Betrieb im Verwaltungshaushalt mindestens 15.000 € zusätzlich kosten.
310	7921		Shuttle zum Schloß										Linke: Shuttle zum Schloß (barrierefreie Maßnahme) . Die Verwaltung wollte den Antrag prüfen. Der Antrag wurde bisher in keinem Gremium abgestimmt. Hinweis der Verwaltung: Im Quartal 1/2017 wird eine entsprechende Vorlage zum barrierefreien Bauen vorgelegt.
313	7950	7151	Zuschuss an die GWG Tübingen	0									Linke: - Festlegung einer 30 %-Quote für sozialen Wohnungsbau mit mindestens 25-jähriger Zweckbindung nach Landeswohnraumförderung bei allen Wohnbauprojekten der GWG und privater Träger in einem städtebaulichen Vertrag. - Einrichtung eines Mieterbeirats für die GWG Wohnungen. Begründung: Ein Mieterbeirat wäre dringend und angemessen für unsere kommunale Wohnungsbaugesellschaft, auch als Ansprechpartner für den Aufsichtsrat. Hinweis der Verwaltung: Nicht haushaltsrelevant.

1. Änderungsanträge der Fraktionen zum Verwaltungshaushalt 2017

Einzelplan/ Seite	Unterabschnitt	Gruppierung	Bezeichnung der Haushaltsstelle	It. Entwurf + Änd. d. Vw. in EUR	AL/Grüne	CDU	SPD	Tübinger Liste	Linke	FDP	Stadtrat Steinhilber	Stadtrat Vogt	Bemerkungen
					12	8	7	5	4	2	1	1	
Epl. 8													
314	8300	2100	Jahresgewinn, swt	723.000	-212.000								<p>AL/Grüne: (Nur gerechnet aus HH-Planansatz, genau erst nach swt Bilanzierung.) Die Stadt verzichtet für 5 Jahre, bis auf die 511.000 € Vorabzug aus Gewinn, auf den swt-Gewinn, um die hohe Investitionstätigkeit der swt in Parkhäuser und Schwimmbäder zu unterstützen (es sind keine Gewinne aus diesen Investitionen zu erwarten)</p> <p>FDP: Grundbetrag 511.000 € (früher: 1 Mio. DM), darüberhinaus Stärkung Eigenkapital. Für die Jahre ab 2018 wird die Ausschüttung des Gewinns auf den Grundbetrag von 511.000 € (früher 1 Mio. DM) begrenzt. Um der swt die Durchführung des Investitionsprogramms im Bereich der Bäder und Parkhäuser zu erleichtern.</p> <p>2018: -261.000 € 2019: -299.000 € 2020: -340.000 €</p>
Epl. 9													
321	9000	0010	Grundsteuer B	16.100.000	-575.000								<p>CDU: Die Grundsteuer wird von 560 % auf 520 % abgesenkt. Dies erfolgt in 20 %-Schritten, innerhalb von zwei Jahren. Mit dem bisherigen Hebesatz in Höhe von 560 % liegt Tübingen 40 Punkte über Stuttgart. Die Problematik eines bezahlbaren Wohnraumes entsteht auch durch hohe Grundsteuern. Statt durch Zwangsmaßnahmen Wohnraum zu generieren, sieht die CDU Fraktion in der Absenkung der Grundsteuer eine Möglichkeit, die Attraktivität einer Bebauung in Tübingen zu steigern.</p>
321	9000	0030	Gewerbesteuer	40.000.000			+1.000.000						<p>SPD: Einbruch um 5 Millionen € unwahrscheinlich. Hinweis der Verwaltung: Die Gewerbesteuerumlage (1.9000.8100.000) erhöht sich damit auf 7.390.800 €.</p>
321	9000	0410	Finanzzuweisung des Landes nach § 5 FAG (Schlüsselzuweisungen)	60.022.900									<p>FDP: Fortschreibung Haushaltserlass 2017. 2018: +3,5 Mio. € 2019: +3,5 Mio. € 2020: +3,5 Mio. €.</p>
323	9100	8503	Deckungsreserve Jobticket Beschäftigte	100.000	+100.000								<p>AL/Grüne: Weiterentwicklung Jobticket der städtischen Angestellten. Hinweis der Verwaltung: Auf Grund der in 2016 bisher abgerufenen Mittel geht die Verwaltung zum Jahresende von einem Jahresbedarf von 50.000 € aus.</p>

1. Änderungsanträge der Fraktionen zum Verwaltungshaushalt 2017

Einzelplan/ Seite	Unterabschnitt	Gruppierung	Bezeichnung der Haushaltsstelle	It. Entwurf + Änd. d. Vw. in EUR	AL/Grüne	CDU	SPD	Tübinger Liste	Linke	FDP	Stadtrat Steinhilber	Stadtrat Vogt	Bemerkungen
					12	8	7	5	4	2	1	1	
			Globale Minderausgabe	0		-750.000		-950.000		-760.000			

Bemerkungen der Fraktionen zur Globalen Minderausgabe

CDU: Im Verwaltungshaushalt müssen 750.000€ eingespart werden. Dies ergibt sich bereits aus der Vorlage 824/2015 vom 18.12.2015. Dort wurde in einer Grundsatzentscheidung ein Konsolidierungsprogramm beschlossen, bei dem bereits 2017 rund 1,5 Millionen € im Verwaltungshaushalt gespart werden sollten. Dies ist nicht im Haushalt zu finden. Die 750.000€ stellen lediglich die Hälfte des damaligen Betrags dar, damit dies direkt realistisch umgesetzt werden kann.

Tübinger Liste: Die mit Vorlage 824/2015 für den Haushalt 2017 bereits zugesagten Einsparungen (€ 1,46 Mio. €) konnten noch nicht in konkrete Einzelmaßnahmen umgesetzt werden. Wenn nicht alle Maßnahmen festgelegt werden können, muss aber jeweils der fehlende Spareffekt durch allgemeine Sparvorgaben erreicht werden. Die strukturell zu geringen Zuweisungen aus dem VerwHH an den VmHH führen auf Sicht der nächsten Jahre zu deutlich zu hoher Verschuldung, und das Jahr für Jahr. Es besteht kein Anlass hoffen zu können, diese außerordentlich hohe Neuverschuldung könnte in den Anschlussjahren genauso überproportional und rasch wieder abgebaut werden. Weitere Möglichkeiten zur Einnahmeverbreiterung fehlen. Die städtischen Steuern und Gebühren vertragen keine Erhöhung. Viele der Investitionen sind nur sehr schwer oder nicht sinnvoll zu verschieben. Daher muss der Zuweisungsrahmen durch die zugesagten Kostendämpfungen erweitert werden, wenn wir uns das Investitionsprogramm des VmHH (im zwangsläufig zudem etwas abgebremsten) Zeitfortschritt leisten wollen. Auch ohne die Festlegung der Einzelmaßnahmen müssen wir den politischen Willen verankern, in der Umsetzung des Haushalts 2017 die zugesagte Kostendämpfung auch wirklich zu erfüllen. Um die Belastung - ohne schon im Einzelnen festgelegte Effizienzmaßnahmen - nicht zu groß werden zu lassen, wurde die globale Minderausgabe auf etwa 2/3 des bereits zugesagten Betrages angesetzt.

FDP: Häftiger Betrag aus 824/2015 als Minimum. Dabei ist unterstellt, dass das 1 %-Ziel in der FiPla enthalten ist.

Hinweis der Verwaltung:

Das Kostendämpfungsprogramm zielt entgegen den Sparrunden der früheren Jahre explizit auf die Prozessoptimierung ab. Dazu müssen die Abläufe im Detail beleuchtet werden und auch die Schnittstellen zu den vor- bzw. nachgelagerten Organisationseinheiten. Die Verwaltung hat exemplarisch "Werkzeuge" getestet und sich überwiegend entschieden, damit zu arbeiten. Bei den Beschäftigten ist verhaltene Akzeptanz vorhanden. Die Umsetzung der Globalen Minderausgabe (GMA), die nicht als Summe bei einer einzelnen HH-Stelle veranschlagt werden kann, bedeutet, dass es zu einer Kürzung nach dem "Gießkannenprinzip" kommen würde. Das "Kürzungsprinzip" hat nichts mehr mit Prozessoptimierung zu tun, die Symbolik auf die Beschäftigten darf hierbei nicht außer Betracht bleiben. Mit der Fortschreibung der Planansätze mit pauschalierten Prozentsätzen wurde der Ausgabenanstieg bereits deutlich gedämpft. Aus der Abbildung 6 im Vorbericht ist dies gut zu erkennen. Der Ausgabenanstieg betrug von 2012 auf 2013 19 Mio€, von 2013 auf 2014 sowie von 2014 auf 2015 jeweils 9 Mio. €, von 2015 auf 2016 10 Mio. € laut Plan und von 2016 auf 2017 laut Entwurf 4 Mio. €. Der Sparwille ist damit aus Sicht der Verwaltung erkennbar. Die Budgetreste beim Verwaltungshaushalt wurden deutlich zurück gefahren. Der Übertrag von 2013 auf 2014 hatte eine Summe von 4,3 Mio. €. Im Vergleich dazu liegt der Übertrag von 2015 auf 2016 mit 2,4 Mio. € deutlich darunter. Das stetige Arbeiten mit Budgetausschöpfungsgraden und Prozessoptimierungen benötigt Zeit und konnte deshalb im HH-Plan 2017 noch nicht monetär dargestellt werden, ist aber in der Verwaltung implementiert.

Absenkung der Schülertickets im städtischen Tübus - Antrag Linke: hier Stellungnahme der swt

Entscheidungen über Tarifgestaltung werden im Verkehrsbeirat der Stadtwerke vorbereitet und diskutiert. Entscheidungen, die zu deutlichen Ergebnisverschlechterungen führen sind zudem im Aufsichtsrat der Stadtwerke zu diskutieren und zu entscheiden. Die Einführung eines ermäßigten Tarifs innerhalb des Stadttarifs Tübingen unterliegt zudem der Zustimmung des Aufsichtsrates des naldo und der Genehmigung durch das Regierungspräsidium Tübingen. Die Umsetzung dürfte mindestens ein Jahr in Anspruch nehmen. In jedem Fall sind Mindereinnahmen durch individuelle Tarifgestaltungen im Stadtverkehr Tübingen dem naldo ggü. auszugleichen, sodass Mehrkosten durch Einnahmefälle, die nicht kurzfristig prognostiziert werden können, durch allgemeine Tarifierhöhungen oder ggf. die Stadt auszugleichen wären. Bei Tarifierhöhungen wären soziale Härten zu erwarten, die die swt in jedem Fall vermeiden wollen. Die Bezugnahme im Antrag zum Semesterticket der Studierenden legt nahe, dass die beantragende Fraktion das für die Studenten geltende Solidarprinzip auch bei den Schüler-Monatskarten einführen will. Im Ergebnis würde das bedeuten, dass auch Eltern von Schulkindern, die keine Beförderungsleistungen in Anspruch nehmen, zum Solidaritätszuschlag herangezogen werden sollen, wie es vom Prinzip her bei den Semestertickets gilt. Nur dadurch ist der Semesterticketpreis erzielbar. Die Zulässigkeit eines solchen Systems wurde bisher nicht geprüft, scheint aber äußerst fragwürdig.